



Frauke Petry: Merkel möchte Deutschland mit weiteren "Fachkräften" bereichern

Politischer Irrsinn

Berlin, 29. August 2017. Bundeskanzlerin Angela Merkel beabsichtigt, Pflegekräfte aus Afrika nach Deutschland zu holen. In einem aktuellen Interview mit der taz? sagte sie: "Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir mit afrikanischen Ländern Kontingente vereinbaren, wonach eine bestimmte Anzahl von Menschen hier studieren oder arbeiten kann. Es geht natürlich darum, dass diejenigen kommen, die wir brauchen, Pflegekräfte beispielsweise."

Dazu Frauke Petry, Bundessprecherin und sächsische Fraktionsvorsitzende der AfD: "Frau Merkel setzt bei ihren wirren Plänen ganz offenbar auf die Vergesslichkeit der Menschen hierzulande. Nachdem sie im Herbst 2015 alle Grenzstore weit aufreißen ließ - und bis heute nicht wieder geschlossen hat - bescherte die darauf einsetzende Völkerwanderung Deutschland bereits einmal angeblich hunderttausende dringend erwartete Fachkräfte für die Automobilbranche, die Gastronomie und natürlich den Medizin- und Pflegesektor. Nebenbei sollte auch gleich noch das demografische Problem Deutschlands gelöst werden. So damals jedenfalls die Jubelarien aus ihrem Umfeld."

Was davon Realität geworden ist, davon kann man sich anhand aktueller Zahlen ein Bild machen. Danach findet die Zuwanderung vor allem in die Sozialsysteme statt. Die WELT hat es vor kurzem sehr schön zusammengefasst: "Das Gros der Flüchtlinge mehr als das Heer der Sozialhilfeempfänger. So verzeichnen die in Deutschland lebenden Syrer eine Hartz-IV-Quote von 75 Prozent." Für andere Zuwanderungsgruppen sieht es ganz ähnlich aus.

Jetzt also Pflegekräfte aus Afrika. Selbst wenn es ausgebildetes Personal in nennenswerter Zahl dort gäbe - diese Menschen nach Deutschland zu locken, wäre das Gegenteil verantwortlicher Entwicklungspolitik. Wenn es diese Fachkräfte dort nicht gibt und die Migranten erst hier ausgebildet werden müssten - und davon ist wohl auszugehen, wäre es das Gegenteil verantwortlicher Einwanderungspolitik. Da stellt sich eigentlich nur eine Frage. Wann gelingt es, diesen politischen Irrsinn zu stoppen? Im Sinne dieses Landes sollte es bald sein."

www.afdtelevision.de

AfD Chefin Frauke Petry im RT Deutsch Interview
www.youtube.com/watch?v=Mcs4VMhiXEw

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueuth@alternativfuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternativfuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

